



**Regionalverband
Südlicher Oberrhein**
Planen. Beraten. Entwickeln.

DS PIA 03/08

10.01.2008
Freiburg i. Br.,
53221
Unser Zeichen:

Körperschaft des
öffentlichen Rechts

Reichsgrafenstraße 19
79102 Freiburg i. Br.

Planungsausschuss am 24.01.2008

TOP 4.1 (öffentlich) **Neu- und Ausbau der Rheintalbahn zwischen Offenburg und Basel** hier: Trassenvarianten zwischen Offenburg und Riegel

– *beschließend* –

1. Beschlussvorschlag der Geschäftsstelle

- 1.1 Der Regionalverband Südlicher Oberrhein fordert weiterhin eine zügige Realisierung des Gesamtprojektes, das den Ansprüchen eines menschen- und umweltgerechten Bahnverkehrs gerecht wird.
- 1.2 Der Regionalverband Südlicher Oberrhein begrüßt die Zusage der DB AG vom August 2007, die von Gemeinden entwickelten Trassenalternativen zu untersuchen.
- 1.3 Der Regionalverband Südlicher Oberrhein bittet das Regierungspräsidium Freiburg, die Untersuchungsergebnisse rechtzeitig vor den Erörterungsterminen den betroffenen Kommunen zur Verfügung zu stellen.
- 1.4 Das Regierungspräsidium Freiburg und die DB AG werden gebeten, über die Untersuchungsergebnisse zeitnah dem Planungsausschuss zu berichten.

2. Anlass und Begründung

Der Regionalverband Südlicher Oberrhein hat sich in den letzten Jahren intensiv für eine menschen- und umweltverträgliche Aus- und Neubauplanung der Rheintalbahn eingesetzt. Dabei hat er seine Schwerpunkte auf die überörtlichen Gesichtspunkte gelegt.

In der gleichen Zeit haben zahlreiche, von der Aus- und Neubauplanung der Rheintalbahn betroffenen Städte und Gemeinden auf eigene Kosten verschiedene Trassenvarianten entwickeln lassen. Dabei ist zwischen den Kommunen zwischenzeitlich unstrittig,

- südlich von Riegel: die Streckenführung und
- nördlich von Riegel: die Forderung nach einem Güterzugtunnel im Bereich der Stadt Offenburg.

Im Rahmen der sog. „Kommunalen Allianz“ wurden in den vergangenen Monaten verschiedenste Trassenvarianten zwischen Offenburg und Riegel vorgestellt und diskutiert. Neue Trassenvarianten, insbesondere sog. autobahnparallele Varianten, ergaben immer wieder neue lokale Betroffenheiten. Ein regionaler Konsens zwischen den Kommunen für eine gemeinsam zu fordernde Trassenführung konnte bislang (noch) nicht erzielt werden.

Vor diesem Hintergrund äußerten bei einem Zusammentreffen der „Kommunalen Allianz“ am 16.11.2007 zahlreiche Vertreter betroffener Gemeinden den Wunsch, der Regionalverband Südlicher Oberrhein solle den Abschnitt Offenburg – Riegel unter folgenden Aspekten gutachterlich untersuchen lassen:

- Ermittlung und vergleichende Gewichtung neuer lokaler Betroffenheiten (inkl. Schallproblematik besonders betroffener Gemeinden) und
- Ermittlung der vergleichbaren Kosten der Trassenvarianten.

Die Verbandsversammlung hat in ihrer letzten Sitzung am 06.12.2007 für vorstehend genanntes Gutachten 50.000 € im Haushaltsplan 2008 – durch Rücklagenentnahme in gleicher Höhe – veranschlagt. Gleichzeitig ermächtigte die Verbandsversammlung den Planungsausschuss, diesbezügliche Vergabeentscheidungen zu treffen.

Den aktuellen Stand der Planungen und der Planfeststellungsverfahren (zwischen Offenburg und Basel) wird Herr Ltd. Regierungsdirektor Werner Hoffmann vom Regierungspräsidium Freiburg aus der Sicht der zuständigen Anhörungsbehörde darstellen. Dabei wird er auch erläutern, ob und wie Trassenvarianten in die laufenden Rechtsverfahren einfließen können.

Herr Dipl.-Ing. Dieter Seibert hat für mehrere im genannten Streckenabschnitt liegenden Städte und Gemeinden gutachterlich oder beratend bei der Entwicklung von Trassenvarianten mitgewirkt. Herr Seibert wird die verschiedenen Trassenvarianten in der Sitzung vorstellen und erläutern.

Ferner sind die Damen und Herren (Ober-)Bürgermeister/innen der von den Trassenvarianten betroffenen Städte und Gemeinden eingeladen, ihre Positionen in der Sitzung zu erläutern.

Bei der weiteren Betrachtung und Bewertung von Trassenvarianten ist zu berücksichtigen, dass in der Region Südlicher Oberrhein Raumordnungsverfahren, d. h. die Prüfung der Raumverträglichkeit verschiedener Trassen, lediglich durchgeführt wurden für die Abschnitte

- 7.1 Offenburg/Süd
- 8.0 bis 9.0 Herbolzheim bis Schliengen.

(DS PIA 15/06)

Für die übrigen Abschnitte war auf die Durchführung von Raumordnungsverfahren förmlich verzichtet worden.

Vor diesem Hintergrund stellte der Planungsausschuss bereits in seiner Sitzung am 07.12.2006 fest, dass der durch die Änderung der maßgeblichen tatsächlichen Verhältnisse zweifelhaft gewordene Verzicht auf ein Raumordnungsverfahren allenfalls dadurch geheilt werden könne, dass denkbare Trassenalternativen im Rahmen der laufenden Planfeststellungsverfahren geprüft würden. Er erhob deshalb die Forderung, dass

- alternative Trassenführungen im Rahmen der laufenden Planfeststellungsverfahren unvoreingenommen und ergebnisoffen zu prüfen sind;
- dabei die gleiche Untersuchungstiefe wie für die beantragte Planfeststellungstrasse zugrunde zu legen und
- dem Eisenbahnbundesamt diesbezüglich ein ausgewogener Entscheidungsvorschlag zu unterbreiten sei.

Anfang August 2007 sagte das Vorstandsmitglied der DB AG, Herr Stefan Garber, anlässlich eines Gesprächs mit dem Regierungspräsidenten und zahlreichen Repräsentanten betroffener Kommunen zu, die von den Gemeinden vorgelegten Trassenalternativen auf Kosten der DB AG prüfen zu lassen. Nach den der Geschäftsstelle bekannten Informationen soll die zugesagte Prüfung bereits weit fortgeschritten sein. Die Prüfungsergebnisse (u. a. auch zur Verträglichkeit mit „Natura 2000“-Gebieten) werden nach gegenwärtigem Kenntnisstand sukzessive im 1. Halbjahr 2008 dem Regierungspräsidium Freiburg als auftraggebende Anhörungsbehörde zugeleitet. Sobald alle Untersuchungsergebnisse vollständig vorliegen, beabsichtigt das Regierungspräsidium Freiburg – nach Vorabstimmung mit den betroffenen Kommunen – die bislang offengelegten Planfeststellungsabschnitte 8.0 und 7.4 zu erörtern.

3. Bewertung und weiteres Vorgehen

Im Hinblick auf die von den Kommunen der Region erbetene Unterstützung durch die Landesregierung gegenüber Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee wird eine Verständigung der betroffenen Kommunen auf eine Konsensvariante für den Abschnitt Offenburg – Riegel unabdingbar sein. Diese kann nur erreicht werden, wenn in den nächsten Wochen bzw. Monaten mit fachkundiger Hilfe die lokalen Betroffenheiten ermittelt, gewichtet und danach in einem regionalen Kontext vergleichend gegenübergestellt werden.

Es ist deshalb zu begrüßen, dass – entsprechend der Forderung des Regionalverbandes Südlicher Oberrhein vom 07.12.2006 – die DB AG auf eigene Kosten die von Gemeinden entwickelten Trassenalternativen untersuchen lässt.

Die Ergebnisse der abgeschlossenen Untersuchungen sollten vom Regierungspräsidium Freiburg den betroffenen Kommunen rechtzeitig vor den Erörterungsterminen zur Verfügung gestellt werden.

Frühestens nach Vorlage und in Kenntnis dieser Untersuchungsergebnisse kann ein evtl. weiterer Klärungs- und Untersuchungsbedarf im Hinblick auf eine Konsensvariante zielführend beraten, eine damit möglicherweise verbundene Gutachtensvergabe beschlossen und in die laufenden Planfeststellungsverfahren eingebracht werden.

Dies gilt umso mehr, als Innenminister Rech am 14.12.2007 deutlich gemacht hatte, die Landesregierung werde nur solche Alternativen in Berlin vertreten, deren Machbarkeit geprüft und nachgewiesen sei.

Über die Untersuchungsergebnisse sollte das Regierungspräsidium Freiburg mit der DB AG zeitnah den Planungsausschuss unterrichten.